



Wien, 18. Oktober 2007

## Stellungnahme

Angeregt von der Resolution zur Unterstützung der Forderung nach einer Mindestsicherung, die die Synode der Evangelisch-methodistische Kirche im Mai 2007 verabschiedet hat, verweist der ÖRKÖ auf die Ergebnisse seines Studententages „Wirtschaften im Dienst des Lebens“ vom Mai 2007 sowie auf sein Sozialwort aus dem Jahr 2003, wo es heißt:

*Die Kirchen treten ein für einen aktiven Sozialstaat, der unersetzlich ist, um sozialen Risiken wie Verarmung und Ausgrenzung entgegenzuwirken.*

Angesichts weiter steigender Armut und sozialer Ausgrenzung in Österreich appelliert der ÖRKÖ an die österreichische Bundesregierung, rasch die vereinbarten Maßnahmen zur Mindestsicherung umzusetzen, um den in Armut lebenden und von Armut bedrohten Menschen in Österreich ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Eine kontinuierliche Anpassung der Leistungen an die, gerade für diese Personen, besonders belastende Teuerung der Grundnahrungsmittel erscheint jedoch unerlässlich, um dem Grundanliegen eines solchen Vorhabens Genüge zu tun. Der ÖRKÖ zeigt sich beschämt und zugleich besorgt, dass in einem reichen Land wie Österreich nach Angaben der Statistik Austria 460.000 Menschen (5,6% der Wohnbevölkerung) in Armut leben und ca. eine weitere Million unmittelbar von Armut bedroht sind. Arbeitslosigkeit, insbesondere bei der Jugend, prekäre und unbeständige Beschäftigungsverhältnisse führen dazu, dass immer mehr Menschen das lebensnotwendige Einkommen nicht mehr erreichen. Der ÖRKÖ fordert daher die österreichische Bundesregierung und alle politischen Verantwortungsträger auf, sofort und konsequent zu handeln.